

Wertvollster Abonnementpreis, in Preß zu 5 Mark, Wochen-Abonnement, 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Abfertigungsgebühr für den Raum einer sechzehigen Zeitteile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Nr. 294. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünftigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewoldt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post- und Paket-Befestigungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Donnerstag, den 27. Juni 1878.

Deutschland.

Berlin, 26. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser hat dem Geheimen Justiz- und Appellationsgerichts-Rath Balan zu Breslau den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Post-Director a. D. Gräfinneswald zu Halle a. S. den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Postschiffner a. D. Borchers zu Hannover, dem Postschiffner Jenker zu Cöthen, im Herzogthum Anhalt, und dem Ortschulzen Radwitz zu Krippehna, im Kreise Delitzsch, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie die Unteroffizier und Hornist August Müller im Magdeburgischen Pionier-Bataillon Nr. 4 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Appellationsgerichts-Rath Storch in Glogau zum Director des Appellationsgerichts in Paderborn mit dem Range der Ober-Regierungs-Räthe ernannt; sowie dem Kanzlei-Inspecto bei dem Appellationsgericht in Magdeburg, Kanzlei-Secretär Taute, bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Se. Majestät der König hat in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung in Braunsberg getroffenen Wahl, den seitigen Bürgermeister zu Friedeberg R. M. Wilhelm Marau, als Bürgermeister der Stadt Braunsberg auf die gesetzliche Amtsduer von zwölf Jahren; sowie in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Malstatt-Burbach getroffenen Wahl den Biegleibesitzer Adolf Michler jr. und den Rentner Jacob Herdel daselbst als unbesoldete Beigeordnete der Stadt Malstatt-Burbach auf die gesetzliche Amtsduer von sechs Jahren bestätigt.

Der ordentliche Lehrer am Gymnasium zu Aschersleben, Günzel, ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt befördert worden. — Der bisherige Titular-Bauinspector Georg Domeier in Göttingen ist zum Königlichen Bauinspector ernannt, und denselben die Bauinspectorstellte zu Lübben verliehen, desgleichen in der Königlichen Wasser-Bauinspector Evers von Altenburg nach Müden versetzt und ihm die nunmehr in eine Wasser-Bauinspection umgewandelte bisherige Kreis-Bauinspectorstellte daselbst übertragen worden. — Der Kreisrichter Tonn in Schubin ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Tremeschen und zugleich zum Notar im Department des Appellationsgerichts zu Bromberg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Tremeschen ernannt worden.

Berlin, 26. Juni. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag um 11 Uhr im Neuen Palais den Vortrag des Chefs des Militär-Cabinets entgegen, kehrte Nachmittags um 4 Uhr von Potsdam nach Berlin zurück und begab sich zu Sr. Majestät dem Kaiser und König. Abends um 8 Uhr nahm Se. Kaiserliche Hoheit den Vortrag des Vicepräsidenten des Staats-Ministeriums, Grafen zu Solms-Wernigerode und demnächst den Vortrag des Chefs der Admiralität entgegen und arbeitete von 9½ Uhr ab mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck.

(Reichsbank.)

= Berlin, 26. Juni. [Vom Congreß.] Die heutige Congresssitzung, welche nach 2 Uhr begann, sollte ursprünglich unter Thellungnahme des Fürsten Gortschakoff stattfinden, der jedes vor seinem letzten Unwohlsein wieder genesen ist. Auch heute beschäftigte man sich mit Fortsetzung der bulgarischen Frage, und es ist in Aussicht genommen, auch die nächste, höchst wahrscheinlich morgen stattfindende Sitzung noch damit auszufüllen. Der Schwerpunkt der augenblicklichen Debatten bildet die Grenzfrage. Man ist bereits über eine Basis für die Grenzen im Norden und Osten und im Süden einig; dagegen macht die Fixierung der Westgrenze (also wo es sich um Sofia und den Sandschak handelt) noch Schwierigkeiten. Die Detailbestimmung über den Lauf der Grenzlinie soll eine europäische Commission von Staats-Offiziären zu treffen haben, deren Wahl durch den Congreß vorgenommen wird. — Hinsichtlich der Verwaltung Bulgariens bildet ein von Frankreich vorgeschlagener Organisationsplan die Grundlage der Beratung. Im Übrigen wird man auch Normen für die Wahl des Fürsten von Bulgarien treffen, und es geht die Neigung dahin, denselben möglichst aus den Adelsgeschlechtern des Landes und nicht aus einer der europäischen Fürstensafamilien hervorgehen zu lassen. Auch darüber ist ein Einverständniß erzielt, daß die sämtlichen Donauaufstellungen und die bestätigten Punkte des Fürstenthums Bulgarien in Fortfall kommen. Ferner hat man sich dahin schlüssig gemacht, daß die russische Occupation türkischer Gebiete spätestens ein Jahr nach Abschluß des Friedens von San Stefano vollständig beendet sein muß. Soweit bei der Grenzregulierung auf Serbien und Montenegro Rücksicht zu nehmen ist, sollen die gedachten Fürstenthümer sich mit Österreich ins Einvernehmen setzen, wie dies gestern an dieser Stelle bereits gemeldet werden konnte. Es kann übrigens positiv versichert werden, daß, abgesehen von der bulgarischen Frage, der Congreß sich mit andern Dingen bislang noch gar nicht beschäftigt und weder über Bessarabien noch über Anatolien verhandelt hat; man darf indessen annehmen, daß die Angelegenheiten Bessarabiens, bez. deren Rückland nach wie vor die Nothwendigkeit der Herstellung seiner Clapperverbindungen betont, nach Erledigung der bulgarischen Frage den Congreß beschäftigen wird und zwar in Verbindung mit der Frage wegen Herstellung und Erhaltung des freien Verkehrs auf der Donau. — Hier und da verlautet, daß die griechische Frage doch größere Dimensionen annehmen möchte, während man dies andererseits bestreitet. Italien nimmt sich der griechischen Interessen mit besonderer Wärme an, indem Graf Crotti die Wahrung des Nationalitätsprincips auch für Griechenland in Anspruch nehmen möchte. Inzwischen verfolgt man die Bewegungen in Griechenland mit begreiflicher Spannung und verhehlt nicht, daß die Bestrebungen einer gewaltigen Loslösung Kretas von der Türkei und ähnlichen Unternehmungen nicht geeignet seien, die Bestrebungen des Congresses nach Herstellung dauernder Verhältnisse unter wirklichen Garantien für die Aufrechterhaltung der Resultate, zu fördern. — Alle Angaben über die mutmaßliche Dauer des Congresses führt man in unterrichteten Kreisen auf leere Vermuthungen zurück; nur sotvel ist richtig, daß man ausgesprochenermassen allzeitig gewillt ist, möglichst bald die Grundzüge der Abmachungen in vollem Umfang festzustellen und ihre Ratifizierung vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen. Eine sehr schwierige und umfassende Arbeit wird dann den Specialcomissionen zufallen, deren Bildung jetzt auch selbst von den Seiten gemeldet wird, welche unsere dahin gehende Nachricht so lebhaft demenntirt haben.

[Das Wahlprogramm der Regierung] liegt nun in einem bereits im telegraphischen Auszuge gebrachten Artikel der „Provincial-Correspondenz“, betitelt: „Die Absichten und Wünsche der Regierung, angehts der Wahlen“, vor, den wir hier vollinhaltlich folgen lassen:

Die Wahlbewegung hat überall im Deutschen Reich begonnen: die Parteien haben ihre Wahlaufrufe erlassen und in denselben mehr oder minder bestimmt ihre Stellung zu dem Kampfe gegen die Socialdemokratie,

sowie zu den voraussichtlichen weiteren Aufgaben des künftigen Reichstages genommen.

Es entchiedener in weiten Volkstränen der Wille hervortritt, die Regierung in der Erfüllung ihrer ersten und schwerigen Mission wirkam zu unterstützen, — je geschäftiger dagegen unter der Einwirkung des Partei-treibenden Zweifel, Unklarheiten und Bedenken über die nächsten und die weiteren Absichten der Regierung verbreitet werden, — desto dringender ist es geboten, die wirklichen Ziele der Regierungspolitik, sowie die Wünsche und Erwartungen, welche sie an die Neuwahlen knüpfen muß, nochmals anzudeuten.

In Wahrheit kann freilich über jene Ziele auch bisher kaum ein Zweifel obwalten: die Regierung hat sich in amtlichen Schriften und in den Neuerungen ihrer berufenen Vertreter ebenso über die unmittelbaren Anlässe und Gründe, um deren willen sie eine neue Reichsvertretung berufen zu müssen glaubte, und hiermit über die nächsten und dringendsten Aufgaben, welche sie mit Hilfe derselben zu lösen gedenkt, wie seiner Zeit über die Ziele der Reichspolitik auf den wichtigsten Gebieten der inneren Entwicklung unumwunden ausgesprochen.

In den Motiven des Auflösungsantrages ist die nächste gemeinsame Aufgabe klar bezeichnet: die Regierungen erwarten von dem neuen Reichstag zunächst die jüngst verweigerten gesetzlichen Vollmachten, um die Gefahren, welche für Staat und Gesellschaft von dem Treiben der Socialdemokratie drohen, erfolglos abwenden zu können.

Die frühere Vorlage erblieb die Quelle dieser Gefahren vor Allem in dem Gebrauch, welchen die Socialdemokratie von der Freiheit der Presse und dem Vereinsrecht macht: die Regierungen hielten in dieser Beziehung die Bewilligung kräftiger und schon eingreifender Mittel für nötig, um dem bisherigen Missbrauche jener Freiheiten Schranken zu setzen, und damit den Bestrebungen Raum zu gewähren, welche darauf gerichtet sind, durch Aufklärung und Belehrung, durch Stärkung des Sinns für Recht und Sitte, wie durch wirtschaftliche Verbesserungen die Wurzeln des Übelns zu beseitigen.

Zur Errichtung jenes Zwecks wurde für den Bundesrat eine Erneuerung zum Verbot von Druckschriften, Vereinen und Versammlungen, welche die Ziele der Socialdemokratie verfolgen, in Aussicht genommen.

Nachdem inzwischen durch die neuesten traurigen Erfahrungen — sowohl durch die wiederholte Gefährdung des Lebens Sr. Majestät des Kaisers, wie durch die gleichzeitig hervorgebrachten sonstigen Anzeichen stützlicher Verirrung und Verwirrung — die Überzeugung von der Verderblichkeit des socialdemokratischen Treibens eine neue Bestätigung und zugleich weitgehende Zustimmung gefunden hat, — halten die Regierungen es um so dringender geboten, „den Weg der Gesetzgebung in derselben Richtung, wie sie die frühere Vorlage bezeichnet hatte, weiter zu beschreiten“, — und vor Allem spezielle Vollmachten gegenüber der socialdemokratischen Presse und den socialdemokratischen Vereinen und Versammlungen in Anspruch zu nehmen.

Für die praktische Ausführung und die Wirksamkeit der betreffenden Bestimmungen werden in der neuen Vorlage, so wie durch anderweitige Schärfung einzelner Bestimmungen des Strafgesetzes entschiedenere Bürgschaften zu sichern sein.

Die Regierungen wählen freilich nicht, daß diese Maßregeln staatlicher Einschränkung sie sich allein im Stande sein sollten, die socialistischen Verirrungen durchgreifend zu heilen und zu überwinden, — sie sind vielmehr überzeugt, daß die gesetzliche Vorkehr nur dazu dienen kann, zunächst den Boden wieder frei zu machen für eine positiv heilende Wirksamkeit aller dazu berufenen staatlichen, kirchlichen und Bürgerlichen Kreise. Die Regierungen erkennen es als eine ihrer höchsten Aufgaben, diese von innen heraus bessernde Wirksamkeit auf jede Weise anzuregen, zu beleben und mit Rath und That zu fördern, — aber als die unerlässliche Voraussetzung für jedes Gelingen in dieser Beziehung erachten sie, daß zuvor der verschworenen Agitation, welche jeder wohlthätigen Einwirkung den Boden vornehmlich bishergige Gewalt entrissen werde.

Indem die Regierungen aber in der hierdurch gebotenen energischen Bekämpfung der Socialdemokratie nicht bloß eine dringende Nothwendigkeit des Augenblicks, sondern zugleich eine Bedingung für die Wiederbelebung des öffentlichen Vertrauens und für einen neuen Aufschwung des gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens der Nation erkennen, müssen sie von dem künftigen Reichstage auch eine bereitwillige und kräftige Unterstützung für die seit Jahren vorbereiteten Reformen auf dem gewerblichen und finanziellen Gebiete erwarten.

Im engsten Zusammenhange mit dem Kampfe gegen die socialistischen Verirrungen und gegen die angestrebte Löcherung aller stützlichen Bände in den gewerblichen Kreisen werden die Bestrebungen, die Gewerbeordnung unter Festhaltung ihrer Grundlagen und unter Verstärkung der hervorgetretenen praktischen Bedürfnisse zu verbessern, in dem bisherigen Geiste fortzuführen sein.

Seit langer Zeit ist das Streben der Regierungen ferner auf eine wirtschaftliche Reform gerichtet, von welcher sie eine allseitige Erfrischung des finanziellen Verhältnisses des Reichs und der einzelnen Staaten und somit einen neuen Aufschwung der Volkswohlfahrt erwarten.

Aus den darüber geslogenen Verhandlungen geht für jeden Unbefangenen hervor, daß der eigentliche bestimmende Grund und Zweck dieser Reform im Sinne der Regierung nicht die Vermehrung der Steuerlast des Volkes, sondern vor Allem die feste dauernde Begründung einer selbstständigen und erproblichen Finanzpolitik des Reiches, und zwar unter wesentlicher Erleichterung der Einzelstaaten und behufs möglichster Schonung der Steuerlast des Volkes ist — dasselbe will die nationalliberale Partei. Die Regierung will in der Handelspolitik die thatächlichen Interessen und Bedürfnisse des gesammten nationalen Verkehrs, der Production wie der Consumtion, sorglich gewahrt, dabei jedoch die seit Gründung des Zollvereins stetig beachteten grundsätzlichen Gesichtspunkte festgehalten wissen — dasselbe will die nationalliberale Partei. Gegen eine energische Entwicklung des Verkehrswesens und die sorgliche Verstärkung der volkswirtschaftlichen Interessen innerhalb der Eisenbahnpolitik hat die nationalliberale Partei auch nichts einzutragen. Worüber also streiten wir eigentlich? Möge die Regierung nur über diese Allgemeinheiten endlich einmal hinauskommen und mit festen, durchgearbeiteten Reformplänen vor den Reichstag treten; alsdann wird sich bald genug zeigen, ob eine „feste Majorität“ diesen unterstützen will. Wie die Dinge heute liegen, wird sich schwerlich ein Wahlcandidat auf den ihm in seinen Einzelheiten unbekannten Steuerreformplan der Regierung unbedingt verpflichten lassen wollen.

[Weitere Gegenbeweise.] Die „Social-Corresp.“ schreibt: Wir stehen vor den neuen Reichstagswahlen. Von großer Wichtigkeit ist es darum, daß alle Fragen, welche auf die Stimmenabgabe Einfluß üben können, möglichst klar gestellt werden. Die vornehmste dieser Fragen ist jedenfalls die nach den Zusammenhängen der neuem schreckbollen Ereignisse mit der socialdemokratischen Aufwiegelung. Wenn die gerichtlichen Untersuchungen zum Abschluß gelangen, ob Nobiling überhaupt je noch verdächtig sein werde, lädt sich nicht abschließen. Demgegenüber hat die öffentliche Meinung bis heute die Überzeugung festgehalten, daß an jenen beiden Mordanschlägen die socialdemokratische Partei nicht ohne moralische verschuldigt ist. Bestärkt wird diese Überzeugung durch die fort und fort sich mehrenden Fälle von Neuherungen, welche das Misshandeln der Ansäße bedauern und erkennen lassen, wie weit geschoßlose, verworfene Gestimmen bereits um sich gegriffen haben. Dem Alten weiß die socialdemokratische Presse nur sehr starke Ausdrücke und sehr schwache Gründe entgegenzuzeigen. Von „Blödsinn, Infamie und Niedertracht“ ist die Rede, wenn man nicht glauben will, daß Nobiling einer liberalen oder conservativen Partei angehört und Gegner des Socialismus sei. „Nobiling war ein eifriger Schriftsteller... hätte er socialistische Anschaubarkeit gehabt, so würde er unfehlbar verübt haben, für die hervorrangenden socialistischen Organe zu schreiben...“. Während der letzten Session ist Nobiling fast fortwährend in Berlin gewesen, er hat sich aber nicht veranlaßt gefühlt, irgend einem der socialdemokratischen Abgeordneten sich vorzustellen... Statt dessen ist er... zu hochgestellten Leuten gegangen, hat um Stellung nachgefragt... So las man (ausgänglich) im „Vorwärts“, und die anderen Parteiblätter, soweit sie uns zu Gesicht kamen, schlossen sich an. — Erklärt denn aber der Nachlass: „statt dessen“ das Vorangegangene nicht hingänglich? — Nobiling hat keine Verbindungen mit socialdemokratischen Führern angeknüpft, auch gesellschaftlich vermieden, journalistische Zeugnisse seiner socialdemokratischen Gestimmen zu geben, eben weil er bei einer Behörde angestellt zu werden wünschte. Erst als ihm diese Hoffnung auf eine gesicherte Lebensstellung in Dresden und Berlin zugeschlagen und sein makroser Ehrgeiz nie gedemütigt war, als er sich ohne Beschäftigung sah, scheint eine hilflose Wuth ihn erfaßt und ihm die Wurmmasse in die Hand gedrückt zu haben.

[Die Socialdemokraten und die Arbeit.] Der von uns bereits gestern erwähnten Artikelserie der „A. Z.“: „Der Socialismus im Deutschen Reich“ entnehmen wir folgende weitere Ausschreibungen: Außer dem Fleisch, der Sparsamkeit und der Redlichkeit, welche wir als Hauptmittel der Selbsthilfe für die weniger bemittelten arbeitenden Klassen hinstellten, ist es namlich die genaue, pünktliche und exakte Arbeit, welche die meisten Fortschritte im Erwerbsleben, sowie die Cultur im Allgemeinen, zu veranlassen sind. Auch bei der Wissenschaft ist nicht der plötzliche geniale Einfall, welcher zu den großen Entdeckungen führt, die Hauptfache, sondern die anhaltende, geduldige, minutiöse Beobachtung und Versuchsarbeit. Die letztere spannt gewissermaßen das Genie an den Punkt, denn nur die Gedankenblüte, welche über solcher harten Arbeitsdisciplin kommt, wird wirklich fruchtbar. Gedankenblüte, die im Müßiggang austauen, sind meistens Träumereien. Die meisten technischen Erfindungen und Verbesserungen werden über der Arbeit, und zwar sehr häufig durch gewerblich geschulte Arbeiter gemacht — und nur während der exzellenzen Thätigkeit fruchtbar zu machen, vom Gelehrten, Künstler und Techniker an bis zum einfachen Knecht und zur niedrigen Magd. Die exzelle Arbeit ist

gewonnen werden, die Förderung neuer produktiver Anlagen im Interesse der verschiedenen Landesteile, sowie die bevorstehenden weiteren Reformen, namentlich auf dem Gebiete des Unterrichtswesens, für welche sonst die Steuerkraft der Communen aufs Neue erheblich in Anspruch genommen werden müßte, ohne solche neue Belastung durchzuführen.

Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte bei der in Angriff genommenen Finanzreform: dieselben sind unzweifelhaft von einer ernsteren Fürsorge für das Wohl des Volkes eingetragen als die Parteidienstungen, welche das Volk angeblich vor höherer Besteuerung schützen wollen. Nur auf dem von den Regierungen eingeschlagenen Wege ist es möglich, daß Volk von bisherigen drückenderen Lasten zu befreien und vor der sonst unvermeidlichen anderweitigen Steigerung der staatlichen und communalen Lasten zu bewahren.

Deshalb rechnen die Regierungen darauf, für die Durchführung der Steuer-Reform in dem neuen Reichstage eine festere Stütze als bisher zu finden.

Die Sorge der Regierungen ist in jeder Beziehung auf die Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Volkes gerichtet: auch in der Handelspolitik sollen bei der weiteren Entwicklung, unter Festhaltung der seit Gründung des Zollvereins stetig beachteten grundsätzlichen Gesichtspunkte, in jeder Beziehung die thatächlichen Interessen und Bedürfnisse des gesammten nationalen Verkehrs, der Production wie der Consumtion, sorglich gewahrt werden.

Eine energische Entwicklung des Verkehrswesens (der Eisenbahnen, Kanäle u. s. w.) und die sorgliche Verstärkung der volkswirtschaftlichen Interessen innerhalb der Eisenbahnpolitik werden einen mächtigen Hebel abgeben, die vaterländische Produktionsfähigkeit zu steigern.

Die Regierungen können aber in allen diesen Beziehungen ihre Absichten für die Wohlfahrt und das Geleben des Volkes nur durchführen, wenn sie der willigen und entschlossenen Unterstützung einer festen Mehrheit im Reichstage gewiß sind. Möge das deutsche Volk bei den bevorstehenden Wahlen dazu helfen, daß die künftige Mehrheit aus Männern besteht, denen das aufrichtige und erfolgreiche Zusammenwirken mit den Regierungen nicht bloß unter den augenblicklichen außerordentlichen Umständen, sondern auch bei den weiteren Arbeiten für eine gesunde politische und wirtschaftliche Entwicklung im Reiche ernst am Herzen liegt.

Dass die Regierung, bemerkt die „A. Z. C.“, was die Bekämpfung der Socialdemokratie anlangt, den Weg der Gesetzgebung in der Richtung der früheren Vorlage beschreiten will, war aus dem preußischen Auflösungsantrag bereits bekannt. In der neuen Vorlage werden indeß „entschiedenere Bürgschaften für die praktische Ausführung und die Wirksamkeit“ der betreffenden Bestimmungen — in welcher Beziehung der frühere Gesetzentwurf der Kritik beläuft, die bedenklichsten Blößen darbot — in Aussicht genommen. Wir werden diese Vorlage abzuwarten haben. Rücksichtlich der sonstigen, d. h. der normalen Aufgaben der Gesetzgebung bekränzt sich das Programm auf die „seit Jahren vorbereiteten Reformen auf dem gewerblichen und finanziellen Gebiete“. Die Regierung will Fortführung der Verbesserung der Gewerbeordnung unter Festhaltung ihrer Grundlagen und unter Verstärkung der hervortretenden praktischen Bedürfnisse — dasselbe will — laut Wahlaufruf ihres Central-Comites, die nationalliberale Partei. Die Regierung will eine Steuer-Reform, deren Zweck nicht die Vermehrung der Steuerlast des Volkes, sondern vor Allem die feste dauernde Begründung einer selbstständigen und erproblichen Finanzpolitik des Reiches und zwar unter wesentlicher Erleichterung der Einzelstaaten und behufs möglichster Schonung der Steuerlast des Volkes ist — dasselbe will die nationalliberale Partei. Die Regierung will in der Handelspolitik die thatächlichen Interessen und Bedürfnisse des gesammten nationalen Verkehrs, der Production wie der Consumtion, sorglich gewahrt, dabei jedoch die seit Gründung des Zollvereins stetig beachteten grundsätzlichen Gesichtspunkte festgehalten wissen — dasselbe will die nationalliberale Partei. Gegen eine energische Entwicklung des Verkehrswesens und die sorgliche Verstärkung der volkswirtschaftlichen Interessen innerhalb der Eisenbahnpolitik hat die nationalliberale Partei auch nichts einzutragen.

Worüber also streiten wir eigentlich? Möge die Regierung nur über diese Allgemeinheiten endlich einmal hinauskommen und mit festen, durchgearbeiteten Reformplänen vor den Reichstag treten; alsdann wird sich bald genug zeigen, ob eine „feste Majorität“ diesen unterstützen will. Wie die Dinge heute liegen, wird sich schwerlich ein Wahlcandidat auf den ihm in seinen Einzelheiten unbekannten Steuerreformplan der Regierung unbedingt verpflichten lassen wollen.

[Weitere Gegenbeweise.] Die „Social-Corresp.“ schreibt: Wir stehen vor den neuen Reichstagswahlen. Von großer Wichtigkeit ist es darum, daß alle Fragen, welche auf die Stimmenabgabe Einfluß üben können, möglichst klar gestellt werden. Die vornehmste dieser Fragen ist jedenfalls die nach den Zusammenhängen der neuem schreckbollen Ereignisse mit der socialdemokratischen Aufwiegelung. Wenn die gerichtlichen Untersuchungen zum Abschluß gelangen, ob Nobiling überhaupt je noch verdächtig sein werde, lädt sich nicht abschließen. Demgegenüber hat die öffentliche Meinung bis heute die Überzeugung festgehalten, daß an jenen beiden Mordanschlägen die socialdemokratische Partei nicht ohne moralische verschuldigt ist. Bestärkt wird diese Überzeugung durch die fort und fort sich mehrenden Fälle von Neuherungen, welche das Misshandeln der Ansäße bedauern und erkennen lassen, wie weit geschoßlose, verworfene Gestimmen bereits um sich gegriffen haben. Dem Alten

es, welche einerseits die höchsten Kunstprodukte schafft und andererseits in Gestalt der Heereszucht die Unabhängigkeit der Völker und Staaten erhält. Die exakte Arbeit ist das Wesen der Erziehung in der Schule wie im Leben. Die Fähigkeit und der Schleuder sind neben den Naturereignissen und den Verbrechen die Hauptursachen, welche das Glück der Menschen gefährden, und gegen welche man daher Tag für Tag ankämpfen muss — bei sich selbst wie bei anderen, in der Familie, wie in der Schule, in der Gemeinde, wie im Staat. Trotz dieser Wichtigkeit der Genauigkeit und Rücksicht, ist die eigentliche exakte Arbeit doch erst seit der Erfindung der Dampfmaschine und der Werkzeugmaschine in weiteren Kreisen eingeführt worden. Obwohl sie bei Gelehrten, Künstlern und Soldaten stets vorhanden sein muste, bei Strafe des eigenen Verdienstes, so ist die exakte Arbeit unter den arbeitenden Klassen doch erst durch diejenigen Industriezweige eingebürgert worden, welche sich der Maschinen bedienen. In dieser Weise hat die Maschine eine bildende Kraft, welche abgeschenkt von den Vorzeichen, die sie selbst darbietet, die dabei beschäftigten Arbeiter zu höherer Produktionsfähigkeit emporhebt. Faktisch ernten ja auch alle bei Maschinen beschäftigten Arbeiter höhere Lohn. Von diesen Brennpunkten der mittleren Maschinen betrachteten Erwerbsfähigkeit strahlt allmälig die Gewöhnung zur exakten Arbeit unter die ganze Bevölkerung aus. Trotz der Langsamkeit, mit welcher die Sitten der Völker sich zu ändern pflegen, und obwohl seit der Erfindung der Dampfmaschine, der Werkzeugmaschine und der Spinnmaschinen erst ein Jahrhundert verflossen ist, in denjenigen Ländern, in welchen die neue gewerbliche Umwälzung zuerst Platz gegeben hat, nämlich in England, Nord-Amerika und Belgien, schon die Mehrzahl der Bevölkerung, in Frankreich, Deutschland und der Schweiz ein größerer oder geringerer Theil derselben zu exakter Arbeit erogen, und es nun diesem Umstande noch viel mehr als dem allmälig aufgefammelten Capital das Maß der wirtschaftlichen Kraft dieser Länder beigemessen werden. Die Thatssache, daß die exakte Arbeit die Mutter der Erfindungen und Verbesserungen, und daß die größte Zahl technischer Erfindungen und Verbesserungen gewöhnlichen Arbeitern zu verdanken ist, bringt ein neues wichtiges Mittel zur Hebung der Arbeiter mit sich, nämlich die Verwertung solcher Erfindungen. Allerdings sind es nur Einzelne, welche den Preis unter vielen Fleißigen erringen, allein die Thatssache, daß einzelne arme Arbeiter durch das Gelingen einer Erfindung sich plötzlich zu Wohlstand und Reichthum emporschwingen können, selbst wenn sie denselben, durch die Umstände gezwungen, mit einem Meister oder mit Geschäftsgenossothen teilen müssen, dient Hunderttausenden als Vorbild und Ziel des Strebens, und wenn auch nicht alle den Preis erringen können, so bringt sie dieses Streben doch so weit vorwärts, als sie sich an exakte Arbeit gewöhnen, dadurch auf eine höhere Lohnstufe emporheben und ihren Geist und ihr Streben mehr auf nützliche Ziele richten, statt sich durch kostspielige und gefundene Vergnügungen zu zerstreuen. Wir haben hiermit im großen Ganzen die Mittel und Wege angekündigt, durch welche eine Verbesserung der Lage der armen, arbeitenden Klassen im Allgemeinen erreicht werden kann. Um unsere Aufgabe nicht über Gebühr auszudehnen, haben wir uns dabei eine gewisse Selbstbeschränkung auferlegt und lassen daher eine Anzahl von Gesichtspunkten und Einrichtungen bei Seite, welche gleichzeitig die ganze Bevölkerung einschließen und allen dienen oder außerdem bekannt genug sind, wie z. B. Sparassen, Volksbücher, Arbeiterbildungvereine u. s. w.

[Zum sozialdemokratischen Wahlkongress.] Der „Vorwärts“ schreibt: Die gegnerischen Blätter wundern sich, daß die sozialdemokratische Partei in Deutschland weiter Kongress, noch Konferenz behuts gemeinsamer Vorbereitung zu den Wahlen abhält. Wir können unsere Gegner beruhigen. Alle nötigen Schritte sind geschehen und ist das Central-Wahlkomitee schon vom vorigen Kongress mit allen diesbezüglichen Vollmachten ausgerüstet worden.

[Marine.] Briefsendungen u. c. für S. M. Schiff „Herta“ sind bis auf Weiteres nach Kiel zu dirigieren.

Österreich.

* * Wien, 25. Juni. [Vom Kongresse.] Ein Unbefangener, der die einzelnen, vom Kongresse hier eintreffenden Nachrichten, soweit sie wirkliche Bedeutung haben und nicht bloß Futter für die offiziellen Dementiaschinen sind, prüfend zusammenhält, kann sich ein ziemlich klares, aber kaum besonders erfreuliches Bild von dem Verlaufe und den Resultaten der Verhandlungen machen. Der Friede — und das ist gewiß ein großes Glück — erscheint wohl gesichert, seitdem der Zar eingewilligt, die Frage der Abgrenzung Bulgariens so zu genehmigen, wie Schmalloff, unter dem Druck Disraeli's und Andrássy's, sowie der Mahnung Bismarcks, dieselbe gelöst; und seitdem der Kongress, wenngleich gegen Karathéodory's Einsprache, diese Lösung akzeptiert hat. Der Protest der Türken wird den Frieden nicht mehr gefährden. Ebenso wenig steht er wohl bei den Verabredungen über die Einzelheiten der Ausführung auf dem Spiele. Aber darum sind diese letzteren doch so wenig von untergeordneter Bedeutung, daß erst aus ihrer Kenntnis sich ergeben kann, ob der Frieden aus dem ursprüchlichen Grunde gewahrt bleibt, weil Europa die russischen Präventionen unter das gemeinsame internationale Recht gebeugt, oder aus dem höchst unwillkommenen Motive, weil der Berliner Kongress, gleich der Londoner Konferenz von 1871, nur noch in weit umfangreicheren Grade, carte blanche erhält, ein Kirchhurkennen über alle Verträge auszuführen. Alles, was vorhin erzählt ist, läuft denn doch bis jetzt darauf hinaus, daß die Zweiteilung Bulgariens und die Abdärmung der Südprowinz vom Aegäischen Meer genau so formulirt ist, wie Punkt 2 und 4 des Separat-Abkommens vom 30. Mai es vorschreiben. Hier wird ja nun aber erst die Ausführung ergeben, ob die Zweiteilung wirklich irgend eine nennenswerte Errungenschaft ist. „Im Principe“ hat sich ja Russland damit schon, zwar nicht im Frieden von San Stefano, wohl aber in dem Rundschreiben, eingerstanden erklärt, womit es jenes Acrestück den Mächten mithilft. Dafür in der Südprowinz wirklich kein türkisches Militär stationieren, so hat doch fülllich diese ganze Trennung keine weitere Bedeutung als die einer Phantasie, gerade so wie die Beschlüsse des Pariser Friedens und der ausführenden Convenzioni über die Ausreihaltung der Scheidung beider Donaufürstenthümer! Bulgarsche Milizen in den Balkanpässen, die man den Türken gnädig zu befestigen erlauben würde, wären doch einfach Vorposten Russlands in Forts, deren Baukosten die Pforte trüge. Selbst türkische Garnisonen in diesen ganz isolirten Stellungen mühten, um nicht zwischen Russen und Bulgaren vermaut zu werden, bei dem Ausbruch eines Krieges eilig abberufen werden. Keinen türkischen Soldaten in der Südprowinz, das wäre einfach die Auslieferung der Balkanlinie an Russland, so daß der nächste Feldzug vor den Thoren von Adrianopel beginne. Bleibt nun gar Varna nicht nur bei Nordbulgarien, sondern auch — wie Schmalloff, zum Dank für seine Concessions, jetzt entgegen dem Artikel VIII. des Friedens von San Stefano verlangt —, eine Festung, dann hat Russland in Zukunft von Sebastopol über Varna nach Adrianopel eine Communications- und Angriffslinie, die es jeder Berührung mit dem widerhaften Rumänen überhebt. Dafür mag es dann immerhin schon den Hafen von Rawala am Aegäischen Meer preisgeben.

Pest, 24. Juni. [Das neue Judentum Istočy's.] Die Annahme des Herrn Präsidenten Istočy, daß sich im ungarischen Parlamente selbst ausnahmsweise keine Hanswurst finden, hat sich nicht als stichhaltig erwiesen. Herr Istočy hat in der heutigen Sitzung seinen Antrag auf Wiederherstellung des Judentums motiviert und in zweitständiger Rede bewiesen, daß wir in der That eine unglückliche Nation sind. Auf der einen Seite die Österreicher, die uns wirtschaftlich ruinieren, auf der andern die schönen Südmänner, deren erschreckende Fruchtbarkeit, wie Herr Istočy statistisch erörtert, nach einigen Generationen mit mathematischer Sicherheit den Untergang der magyarischen Race herbeiführen muss. Während Franzensbad, Preßburg, Ems und wie die segnenden Heilquellen alle heißen mögen, spüllos an unseren christlichen Weibern vorübergehen, ersült sich die dem jüdischen Stammvater biblisch gewordene Vererbung an allen ungarischen Sarahs, Rebekas und Leas in haarsträubender Weise, die Juden vermehren sich wie der Sand am Meer, und was Feuer und Schwert, Türken und Tartaren vergebens durch Jahrzehnte versucht, die jüdischen Männer bringen es in einigen Jahrzehnten zuwege, sie überschwemmen das Land mit geistig und leiblich fräsigsten Kindern. Doch hören wir den Reformator selbst, dessen ganze Rede den tiefsten Schmerz über seine eigene geistige Beschränk-

heit und leibliche Schwäche (was man ihm übrigens nicht ansehen würde) und den eingewurzelten Haß gegen die jüdische Race befindet, die er ungern als die geistig und körperlich vornehmste preist.

Der Kongress, meint Redner, wird sicherlich die Befreiung der Christen auf der Balkanhalbinsel bestätigen und die Aufgabe der Monarchie ist es, nötigenfalls mit den Waffen in der Hand dahin zu wirken, daß die befreiten christlichen Völker nicht unter russischen Despotismus gerathen. (Bravo!) Das mahomedanische Element in Europa verschwindet immer mehr und mehr, ganz vereinzelt unter den christlichen Völkern Europas gibt es sodann nur mehr ein Element, welches die Völkerfamilien unter das Sklavenjoch beugen will und das ist das Jüdische. (Heiterkeit.) Die Juden haben sich, wie Redner statistisch erweist, im Zeitraume von 85 Jahren fast verdoppelt (Heiterkeit) und wie eben diese statistischen Daten beweisen, hat sich das jüdische Element in Ungarn alle 30 Jahre verdoppelt.

Abg. Kovach: Wir wollens ihnen nachmachen. Lernen wir von ihnen. (Heiterkeit.) Istočy: Da gegenwärtig 710,000 Juden in Ungarn leben, werden nach dieser Progression im Jahre 1900 1,100,000 (lebhafte Heiterkeit), im Jahre 1930 2,200,000 und so fortwährend, im Jahre 2020 sieben Millionen sechsmalhundertausend Juden in Ungarn leben (lang anhaltende lebhafte Heiterkeit), also genau doppelt so viel Juden, als das Stephansreich jetzt Gesamt-Einwohner zählt. Der verachteten Judentum gegenüber hat sich während 85 Jahren — selbst die Hebräer mit unbegriffen — die Gesamtbevölkerung Ungarns nicht einmal verdoppelt — ja sie hat sich vom Jahre 1869—70 in Ungarn und Siebenbürgen, um nahezu 36,000 verringert. — Allerdings waren daran die Cholera und andere Epidemien schuld, aber, fährt der Redner mit leidenschaftlichem Ingram fort, es ist eine Ercheinung, die unseran ganzen Ernst fordert, es ist eine statistisch von hervorragenden Größen erwiesene Ercheinung, daß die Cholera die Ju- den verschont. Hat ja, wie eine alte Chronik erzählt, die schwarze Pest, die im Jahre 1348 wütete, fast gar keine Juden hinweggerafft. Die Christen schwanden dahin, selbst Petrarca Laura mußte sterben — aber die Judeninnen und Juden blieben am Leben. Was half es, daß sie aus dem Westen Europas verjagt wurden, daß man sie beschuldigte, die Brunnen vergiftet zu haben, daß sie Ludwig der Große aus Ungarn verjagte; die schöne Jüdin Esther, die Geliebte des Polenkönigs Kasimir, wurde ihnen eine neue Heimat, das unglückliche Polenland zu verschaffen, welches sie völlig zugrundegerichtet haben. Auch aus der Statistik Pestis beweist Redner, daß die Juden, welche eine geordnete Lebensweise führen und sich vorzugsweise geistig beschäftigen, ein hohes Alter erreichen und von den Epidemien nicht umgebracht werden können, ja sogar die Krieg kann ihnen nichts anhaben, ihre Anzahl im gemeinsamen Heere und in der Honvedschaft ist eine verhältnismäßig sehr geringe, die meisten sind Militärärzte — ja während wir in Kriegen opern, werden Sterne und andere jüdische Lieferanten reich. Unsere armelinge Race geht zu Grunde, während sich, um mit den Worten Disraeli's zu reden, „die reinblütige höhere Race“ erhebt. (Eine Stimme: Es ist eben ein ausgewähltes Volk!) Aber, fährt Redner fort, glauben denn die Juden, daß wir ihnen Ungarn als Erbe überlassen, daß wir das Land nur darum vor der russischen Invasion schützen, um nach zwei, drei Generationen Juden zu sein, anstatt Ungarn? — Eine Stimme: Jüdische Ungarn oder ungarische Juden? — Das befürchtet Redner nicht, denn trotz der unerträglichen hervorragenden geistigen Begabung der Juden haben wir noch keinen einzigen jüdischen Minister, aber im Notfalle haben wir die Faust, die überwiegend physische Kraft und in diesem Falle bei dieser ultimatio werden wir nicht den Kürzeren ziehen.

Redner weist hierauf hin, welche hohen Stellungen die Juden in den Culturländern Europas einnehmen, sie bilden die Spitze der Gesellschaft, aber sie sind auch der politische Sauerteig, der alle Gesellschaftsklassen in Gährung bringt. — Auch der Social-Demokrat und der Communismus beschuldigt Herr Istočy die Juden, ohne jedoch einen einzigen Banquier zu nennen, welcher dieser Grundhüter gehuldigt hätte. Gegen all diese Unzuliegt gibt es nur ein Mittel, die Wiederherstellung des Judentums. Im Mittelalter brauchte man an eine solche Lösung des Problems nicht zu denken, die Judentum wurde einfach gelöst, indem man die Juden hier und da hinrichtete. Jetzt aber, wo im Orient alles wankt und schwankt, könnten die Juden wieder in ihr ersehntes Reich zurückkehren. Das wäre ja nicht schwer, da ihr ganzes Vermögen zumeist in Mobilien besteht, wäre der Auszug innerhalb zweier Tage zu bewerkstelligen. (Heiterkeit) Die Initiative will aber Redner aus Gründen, die mit der Finanzlage unseres Landes zusammenhängen, nicht Ungarn überlassen (eine Stimme links: Vielleicht auch mit seinen Finanzen!); er überläßt die Ehre dem Herrn Disraeli, dem mächtigsten Judenteure Europas — aber wenn die nicht mehr neue Idee der Errichtung eines unter Oberhoheit der Pforte stehenden Judentums etwa bei Gelegenheit des jüdischen Kongresses oder bei einer anderen Gelegenheit von den europäischen Mächten angeregt werden sollte, hofft er den Machthabern durch diese seine Erklärung des ungarischen Standpunktes die nötige Direktive gegeben zu haben und deshalb hält er auch die Verhandlung seines Antrags für zeitgemäß. (Heiterkeit) Vice-Präsident Bano (der vorstige Olycy) hatte augenscheinlich um seine Anerkennung, daß es keine Hanswurst im Parlamente gäbe, nicht demontiert zu sehen, die Flucht ergreiften) erklärte, er habe die ihm nachdrücklich mitgeteilte Anerkennung des Redners, daß solche Fragen im Mittelalter durch Hinrichtungen gelöst wurden, bei der schlechten Auffassung des Hauses überhört, sonst hätte er den Redner zur Ordnung gerufen. (Rufe links: Die Anerkennung wurde nicht gehalten.)

Vice-Präsident: Um so besser, ich stelle daher die Frage.

Cultusminister Trefort: Er bedauert, daß in diesem Hause Doctrinen entwickelt werden, welche weder mit der Ehre des Parlaments, noch mit dem Geiste des Zeitalters im Einklang stehen, er sieht das Ganze bloß als einen literarischen Essay an, der besser ebenso unterblieben wäre, wie die Verhandlung des Antrags unterblieben wird. Er hofft, daß das Ganze, das schädlich interpretiert werden könnte, zu bedeutungslos war und weiter keine Nachwirkungen haben wird. (Lebhafte Beifall)

Istočy zieht hierauf den Antrag zurück und erklärt, daß er seine Ideen nur entwickelt, um die Welt damit bekannt zu machen und den Journalen, welche ihn todschlagen, einen Streich zu spielen. Nachdem noch Präsident Olycy, der nach Beendigung der Istočy-Affäre seinen Platz wieder eingenommen, die morgige Tagesordnung bekanntgegeben, endigte die denkwürdige Sitzung.

Frankreich.

Paris, 22. Juni. [Der internationale literarische Kongress] setzt gestern seine Verhandlungen über den Bericht des Ausschusses I., also über die principielle Frage des geistigen Eigentums, fort. Viele Redner traten auf: Edmond About, Matissonne, G. de Molinari, Mauro-Machi, Cellier, Dognée, Hector Malot, Charles Bataille, Turgeness, Léon Riché führten der Reihe nach das Wort; die Krone der Debatte bildete aber dann ein freier Vortrag Victor Hugo's, der in dieser Sitzung das Präsidium führte. Man lernte, wenigstens die jüngere Generation lernte hier den großen Dichter von einer ganz neuen Seite kennen; aus dem Stegreif und mit der liebenswürdigsten Ungezwungenheit, dabei aber in freier Herrschaft über die Sprache und über den Gegenstand, unterhielt Victor Hugo die erstaunte Zuhörerschaft etwa eine halbe Stunde lang von einer rechtsphilosophischen Frage, wie sie ein Professor oder Advocat nicht sachkundiger und sicherlich nicht eben so gemeinverständlich und anziehend behandeln könnte. Die Debatte bewegte sich um folgende Sätze des Ausschusserberichts:

Das Recht des Autors, seiner Erben und Rechtsnachfolger ist ewig (besser vielleicht: von unbefristeter Dauer). Gleichwohl kann der Erbe, welcher zwanzig Jahre verstreichen läßt, ohne das Werk, dessen Eigentümer er ist, zu veröffentlichen, seiner Rechte verlustig werden. Desgleichen kann nach Ablauf der von den gegenwärtig in den verschiedenen Ländern herrschenden Gesetzen für die Dauer der Autorechte bestimmten Frist Federmann die literarischen Werke ungehindert verbreitfähig, wosfern er den Erben und Rechtsnachfolgern des Autors eine näher zu bestimmende Quote vom Gewinne zahlt. Diese Quote ist der Steuer unterworfen. Mehrere Redner hatten sich sehr eifrig für eine lange Dauer des Eigentumsrechts der Erben erklärkt, wie sie z. B. schon in Frankreich auf 50 und in Spanien sogar auf 80 Jahre bemessen ist. Edmond About, der diesen Standpunkt einnimmt, wollte nur eine Ausnahme für den Fall zulassen, daß die Erben das Werk geflissenlich der Öffentlichkeit vorenthalten oder entzünden, daß also z. B. die Erben Voltaire's seine Werke an den Bischof Dupanloup verlaufen, der natürlich nichts Eiligeres zu thun hätte, als jede neue Verbreitfähigkeit zu hinterreiben. Victor Hugo huldigt aber — und dies war für viele seiner Zuhörer eine Überraschung — bei radicaler Anschauung: für ihn hat der Erbe überhaupt kein Eigentumsrecht an dem Werke, keinen juristischen Anspruch, sondern es soll ihm nur aus Billigkeitsgründen jene oben erwähnte Quote zugestanden werden und zwar soll dieses Rechtsverhältnis schon mit dem Tode des Autors eintreten.

Der Dichter, der hier so absolut auftritt und doch, wie allbekannt, ein nichts weniger als liebloser Familienvater ist, entwickelte seine Theorie etwa wie folgt: zunächst sieben sich in der Frage zwei Personen gegenüber: Der Autor und die Gesellschaft (le domaine public). Ganz unumschränkt bleibt das Eigentum des Autors eigentlich auch nur, so lange er das Werk nicht veröffentlicht hat. Was er einmal dem Publikum übergeben kann, kann er, geistig betrachtet, nicht mehr zurücknehmen: keine Macht der Erde könnte ihm das ermöglichen. Höchstens kann er, und das ist unbestritten, neue Verbreitfähigkeiten verbieten, aber auch damit wird er seinen Zweck nur wenig erreichen. Es kann z. B. vorkommen (Federmann verstand die Anspielung auf den eigenen Fall des Redners), daß ein Schriftsteller in seiner Jugend von monarchisch-katholischen Ideen ausgeht, um in der Schule des Lebens zu einer ganz entgegengesetzten Weltanschauung zu gelangen; kann er, soll er deshalb die Werke seiner Jugend verlängern, andern oder ungeschickt machen? Keineswegs, wenn er sich nur immer in gutem Glauben befindet: „Das menschliche Ge- wissen läßt keine Radikirungen zu.“ Ihm selbst, dem Redner, sei es widerfahren, daß er in einer Sammlung politischer Gedichte Herrn Baróe, den Minister des Kaiserreichs, zum Gegenstande bestiger persönlicher Angriffe mache. Später sei ein Sohn dieses Mannes in dem ebenvollen Kampfe für das Vaterland gefallen und nun hätte Redner wohl gerne den gebräuchlichen Namen Baróe aus seinen Gedichten streichen mögen: wie wäre das aber möglich gewesen? Er habe höchstens dafür sorgen können, daß die betreffenden Gedichte mit seinem Wissen niemals öffentlich vorgetragen würden. In diesem Sinne sei das literarische Eigentum allerdings, wie seine Gegner behaupten, unsachbar. Mit dem Tode des Autors höre es, abstract genommen, gänzlich auf. Hier trete nun eine dritte Person hinzu: der Erbe. Ein Recht, über die Geistesköpfe des Erblassers zu verfügen, habe dieser nicht, da er eben geistig ein anderer ist: nicht eine Silbe dürfe er an dem hinterlassenen Werke streichen, verändern oder gar der Gesellschaft vorenthalten. Nur eine praktische Willkürdürftigkeit könnte hier in Frage kommen, es durften nicht andere Individuen an dem Werke bereichern, obne daß der juristische Erbe mindestens einen bescheidenen Anteil, also 5—10 v.C. an dem Gewinn hätte. Es soll sich, sagt dann die Gesellschaft, der Fall nicht wiederholen, daß die Entel eines Genies, welches zufällig kein Privatvermögen hinterlassen hat, bettelnd gehen. Die Lösung sei also eine ungemein einfache: nach dem Tode des Autors kann der Buchhändler bei der Behörde die Anzeige machen, er wolle das Werk in irgendeiner beliebigen Form verbreitfähig; von seinem nachgewiesenen Gewinn hat er dann jene kleine Quoten an die Erben oder Rechtsnachfolger abzutragen.

Die Rede Victor Hugo's machte auf den Kongress, ohne gleich Federmann zu überzeugen, doch einen so tiefen Eindruck, daß er beschloß, sie dem Druck zu übergeben und seinen weiteren Verhandlungen, welche Dienstag wieder aufgenommen werden sollen, zu Grunde zu legen. Für heute wurde nur der erste Satz: „Das Recht des Autors u. s. w. ist ewig“ mit überwiegender Majorität angenommen.

[Clericaler Socialismus.] Die gesamte republikanische Presse beschäftigt sich mit dem clericalen Socialismus, einem nahen Verwandten des christlichen Socialismus in Deutschland, dessen erste Symptome in der jüngsten Versammlung der katholischen Gesellenvereine und namenlich in einer dort von dem Grafen Mün gehaltenen Rede aufgetreten sind.

Man findet in dieser Rede, sagt der „National“, „Stellen, welche einer Anklageschrift gegen die Gesellschaft zum Verbrechen ähnlich seien, und man fragt sich, warum die Declaration, welche bei einem Schüler Proudhons' strafbar erscheinen, im Munde eines Schülers der h. Ignaz unschuldig und wohltätig sein sollten. Einmal aufmerksam geworden auf diesen neuen Zug der clericalen Physiognomie, hat man mit Erstaunen die Fortschritte wahrgenommen, welche die socialistischen Ideen unter den Vätern der streitenden Kirche gemacht haben. Das hätte man nicht gedacht, daß diese ansteckende Krankheit ihre verheerenden Wirkungen bis in das Heiligtum selbst ausdehnen sollte, und nun gar in dem Augenblick, da unsere modernen Conservativen die Attentate der deutschen Communisten gegen Frankreich auszubeuten suchen. In Wahrheit ist aber diese Bewegung durchaus nicht neu und übrigens nur die logische Consequenz der Grundsätze der clericalen Politik. Es ist ganz natürlich, daß diese umgekehrte Revolutionäre die wirtschaftlichen Einrichtungen der modernen Welt einer bitteren Kritik unterziehen und sich in ihrer propagandistischen Wuth an alle Leidenschaften und an alle Unwissenheit wenden. Sie sprechen von dem Glanz des Volkes mit einer Empathie, um welche sie die Schwächer einer anderen Richtung bereiden könnten; sie haben ebenfalls ihren Plan für die Organisierung der Arbeit. Alle Charlataner reichen sich die Hand oder gleichen sich wenigstens nach gewissen Seiten und durch gewisse Verfahren arten. Einen Unterschied gibt es aber zwischen den clericalen Utopien und den anderen; die ersten geben vor, sich auf die Erfahrung zu gründen. Ein ultramontanes Blatt sagt es ausdrücklich: „Die Katholiken wollen einfach ein soziales Verhältnis wieder herstellen, dessen Resultate erfahrungsgemäß zu anderen Seiten Glück und Trost der Völker gewesen sind.“ Man will also, daß die Civilisation Kephia mache und das alte Regime wieder komme. Dann und wo sind denn aber die Völker so glücklich und getrostet gewesen? Darüber lassen sich unsere Utopisten nicht näher aus. Wo beginnt und wo endet das goldene Zeitalter? Man liefere uns doch endlich ein historisches Bild jener seligen Zeit, welche das französische Volk durchhaben muß, obne ihrer gewahr zu werden; wenigstens hat es von ihr keine Erinnerung behalten. Wir haben wohl von Paraguay sprechen hören, wo die Indianer von den Jesuiten regiert wurden, wie Mönche von ihrem Abtei; aber wir können nicht annehmen, daß Herr von Mün selber hoffen sollte, uns zu dieser Art von Phalansterismus zu belehren, welche zum mindesten eine gelehrte Race als die unfrige und einen weniger vorgerückten Cultrurgard voraussetzt. Wir müssen also bei uns selbst, in der Geschichte des Abendlandes, in der Geschichte Frankreichs den „sozialen Zustand“ suchen, zu welchem man uns zurückführen will. Wie sonderbar es auch klingen mag, die Clericalen hoffen den Franzosen zu beweisen, daß das alte Regime ein entzückendes Zeitalter gewesen ist und daß die Revolution ihnen eine viel glücklichere Epoche bereitet hat, als die ihrer Väter gewesen ist. Seit einigen Jahren besteht eine historische Schule, die sich diesem des berühmten P. Loriquet würdigten Werke gewidmet hat und mit unermüdbarem Eifer an der Verbreitung der guten alten Zeit arbeitet. Dies ist die Grundlage des katholischen Socialismus. Das Webgescheh der Chésnelong und Mün hat keinen anderen Zweck, als das Glück, welches die arbeitenden Klassen unter den der Kirche ergeben könnten genossen hätten, zum Dogma zu erheben. Es ist dies das verwegene und zugleich das umfassendste Unternehmen von Geschichtsfälschung, von dem man noch jemals reden hörte.

Pro

Gegenwart des Buchthausgefangenen Hirsch zu gegeben, daß er (Gabsch) jene Höhe gestohlen und an U. zum Kauf angeboten habe. Gabsch giebt nur zu, daß er gehäuft, er sei auch einmal im Besitz von Billardbällen gewesen." In gleicher Weise befand Hirsch die Auseinandersetzung. — Die Unterschlagungen bestreitet U. gleichfalls; er verkaufte nämlich sein Kohlengeschäft am 19. Oktober v. J. an den Kohlenhändler Wenzel und erbot sich, denselben für eine Provision von 10 Pf. pro Tonne Kunden zu verschaffen. In der That setzte er an den Kreisheimer Nitsche 45 Tonnen, Wurstfabrikant Neumann 60 Tonnen, Postbeamten Sommer und Restaurateur Walter je 15 Tonnen ab. Bald nach der Ablieferung erhielt U. auf Rechnungen, welche mit seiner stiller Firmen bedruckt waren, die betreffenden Beiträge — im Ganzen 385 M. — ausgezahlt, sein Auftraggeber Wenzel war teilweise bis heut vergebens auf die Ablieferung jenes Gelbes. U. betrachtet sich nur als Privatbündner des W. Eine angeblich in diesem Sinne abgeschlossene Vereinbarung bestreitet W. aufs Entschiedenste. — Der Herr Staatsanwalt hält die Anklage auch bezüglich des Diebstahls aufrecht, er beantragt eine Gesamtstrafe von 9 Monaten Gefängnis. Der Gerichtshof spricht den Angeklagten vor der Anklage des Diebstahls frei, verurtheilt ihn dagegen wegen der Unterschlagungen zufällig zu 9 Monaten Gefängnis, welche Strafe in 6 Monate Buchthaus umgewandelt wird.

8 Breslau, 26. Juni. [Criminaldeputation. — Zur Lehre für Anwälter.] In der Nacht vom 20. bis 21. Mai v. J. ging der Eisenbahn-Worbeiter Hartmann kurz nach 12 Uhr die Matthiasstraße entlang. Unweit der Moltschekstraße rannte ihm ein junger Stroh derartig zur Seite, daß H. zur Erde fiel. „Nun, Sie werden doch Platz haben“, sagte H. vorwurfsvoll; schnell packte ihn aber Jener mit der Frage: „Was, Sie wollen noch was raushaben?“ Während des entstehenden Handgemenges fühlte H., daß der Unbekannte ihm mit einem Messer oder einem anderen scharfen Instrumente in das linke Ohr schnitt. Er suchte sich nun freizumachen und entfloß. Sein Angreifer hatte sich inzwischen den Rock ausgezogen, er holte den H. wieder ein; sie packten sich abermals und fuhren nun beide zur Erde. H. kam nach oben zu liegen und suchte seinen Gegner zu bewältigen, doch plötzlich mußte er loslassen, der Fremde hatte ihm ein Stück Fleisch aus dem rechten Daumen gebissen. H. ist drei Wochen arbeitsfähig gewesen. — In dem Arbeiter Wilhelm Hahn aus Breslau steht jener Lebelsbäder auf der Anklagebank. Hahn ist bereits wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Bekleidung vorbestraft. Man hatte ihn in jener Nacht verhaftet, nach Feststellung seiner Personalien aber wieder freigelassen. Er suchte sich seiner Bestrafung dadurch zu entziehen, daß er auswärts Arbeit nahm. Als er vor Kurzem nach Breslau zurückkehrte, erinnerte sich die Polizeibehörde jenes Vorfalls und meldete den Aufenthalt des H. an die Staatsanwaltschaft. — Angeklagter bestreitet seine Schuld. Außer dem einwandfreien Zeugnis des Hartmann ist aber noch ein Belastungszeuge in dem Maurergesellen Carl Klar vorhanden. Klar hat den Vorfall zum größten Theil beobachtet und stimmt ganz mit der Aussage des Hartmann überein. — Der Gerichtshof beschließt, dem Antrage der Staatsanwaltschaft entsprechend, für die absonderliche Röhre eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe, genehmigt auch den weiteren Antrag auf sofortige Haftnahme des Angeklagten.

[Aus Görlitz] meldet die dortige „Nied. Ztg.“: Se. Majestät der Königin von Sachsen soll dem Fonds für die schlesischen Musikfeste 3000 M. huldreich überwiesen haben.

[Aus Bielitz] zeigt man uns an, daß die sonst am 3. Juli übliche feierliche Beleuchtung der Salzgrube für diesmal auf den 7. Juli (Sonntag) verlegt worden ist.

[Wierszow in Flammen.] Durch einen Geschäftsfreund erfuhr heute ein biesiger Handlungshaus die traurige Nachricht, daß die polnische Grenzstadt Wierszow, meist von jüdischen Kaufleuten bewohnt, bis auf wenige Häuser am 24. Juni, Nachts, ein Raub der Flammen geworden ist. Der biesige Platz, welcher mit dieser Stadt in lebhafter Geschäfterverbindung steht, hat bei diesem Brandunglüx nicht unbedeutendes Interesse. Bis jetzt stehen über die Entstehungsursache dieses tragischen Ereignisses noch genaue Nachrichten, doch vermutet man, daß, wie in Kalisch, religiöser Fanatismus diesem Brandunglüx nicht fern steht.

X. Neumarkt, 26. Juni. [Tageschronik.] Unsere Polizeiverwaltung publicirt heute im „Stadtblatt“ eine Verordnung, wonach Destillationen und Brannwein-Schänklokale um 10 Uhr Abends, alle übrigen Schankstätten dagegen um 11 Uhr geschlossen werden müssen. Allerdings wird dieses Gesetz dadurch etwas gemildert, daß Gastwirthe auf schriftlich motivirten Antrag Dispensationen von der Polizeifürstunde ertheilt werden können. Ebenso ist hier ein Verbot im Allgemeinen an die Gastwirthe ergangen, als Trunkenbolden bekannten Personen weder Spirituosen einzuschänken, noch sie im Locale zu dulden, bei Strafe von 6—15 Mark. — Um der sittlichen Verwahrlosung jugendlicher Arbeiter und Gesellen, welche unter Vermögenshaft stehen, Einhalt zu thun, hat der biesige Waisenrat angeordnet, daß sich im Laufe der ersten Woche des Juli cr. jeder hier wohnende Vormund mit dem Mündel bei dessen Beiratsvorsteher einfinden soll, um dort über die persönlichen Verhältnisse und den Lebenswandel Auskunft zu geben. Zu widerhandlungen werden mit Strafe von 15 Mark event. Gefängnis geahndet. — Kürzlich wurden hier 20 Pfennige angehalten, welche falsch sein sollten, und zwar wurde ein 15jähriges Mädchen der Thäterhaft beschuldigt, dieses Geld verbreitet zu haben. Die Schrift dieser Münzen war undeutlich, das Geld plump. Eine Unterforschung hat nun ergeben, daß das Geld echt und nur in Folge einer Spielerei des Mädchens mit Quetschüberzogen worden war, also keine Ausgabe falscher 20-Pfennigstücke vorliegt.

8 Guhrau, 24. Juni. [Stadtverordneten-Sitzung. — Gustav-Adolf-Verein.] In seiner letzten Sitzung beschloß das Stadtverordneten-Collegium nach Kenntnisnahme des Reichsvertrittung, auf welchem die Gewährung des Deputationshauses an sämmtliche biesige Geistliche seitens der politischen Gemeinde beruht, den Magistrat zu ersuchen, bei Neuaustellung von Geistlichen diese Verpflichtung quiescieren zu lassen, sowie auch die Entschädigung für den durch Aufhebung öffentlicher Umgänge entstandenen Einnahme-Ausfall aus Stadtmitteln zu beseitigen. Auf Gründ des Revisionsberichtes bezüglich des biesien Stadtwaldes bewilligte die Verfammlung die Kosten für Erledigung der im qu. Bericht als nötig erachteten Vermüngungsarbeiten. Entgegen dem Antrage des Magistrates, den Forster Drotz für die Einbuße bisher gewährter Bodennutzung durch anderweitige Bodenüberwerfung zu entschädigen, wurde beschlossen, denselben eine jährliche Entschädigung von 15 Mark vom 1. Januar cr. ab, sowie außerdem für gesetzten Verlust eine einmalige Entschädigung von 24 Mark zu zahlen. Bezuglich der von Dienstboten, Handwerksgesellen und Lehrlingen in Zukunft ausfallenden Krankenanstaltsbeträge stimmte die Verfammlung dem Antrage des Magistrats bei, vom 1. April cr. ab von jedem biesigen Dienstboten und Gesellen einen 85proc. Zuschlag von 1,50 M. singulier Klassensteuer als Communalsteuer zu erheben, außerdem mache das Collegium den Vorschlag, für die Lehrlinge ein freiwilliges Abonnement unter den bisherigen Bedingungen zu eröffnen. Schließlich verzichtete die Verfammlung bei dem bevorstehenden Verlauf der biesigen Gasanstalt auf das der Commune zu stehende Verkaufsrecht. — Am 19. d. M. Nachmittags 4 Uhr, feierte der Gustav-Adolf-Verein der Diözese Guhrau-Herrnstadt in der Kirche zu Heinendorf sein Jahrestest. Herr Superintendent Janzen hielt die Festpredigt, in welcher er auf Grund des Berichtes die Befreiungen des Vereins als Liebeswerk, als Dankesopfer und als Velenntum zeichnete. Eine eingefämmelte Collecte ergab für Vereinzwecke die Summe von 60 Mark. In der an den Gottsdienst sich schließenden Conferenz der Vereinsglieder wurden zu Deputirten für die am 25. und 26. h. m. in Jauer stattfindenden Hauptversammlung die Herren Superintendent Janzen-Herrnstadt, Bürgermeister Dietrich-Guhrau, Pastor Knorr-Guhrau mit der Ermächtigung gewählt, für die nächste Hauptversammlung der schlesischen Gustav-Adolf-Vereine Guhrau zu empfehlen.

9 Creuzburg, 25. Juni. [Verwaltungsbericht.] Dem über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten für die Stadt Creuzburg pro 1876/77 unter dem 1. Februar cr. von dem Magistrat erstatteten und jetzt veröffentlichten Bericht entnehmen wir folgende Daten. Die Seelenzahl betrug pro 1765 5243, pro 1877 5613. Seit der Zählung von 1867, welche für Creuzburg eine Einwohnerzahl von 4770 ergab, hat also, und zwar in zehnjährigem Zeitraum, eine Zunahme der Bevölkerung um 17% Procent stattgefunden. Die Gemeinde-Wählerliste wies 438 stimmberechtigte Gemeinde-Mitglieder nach. An Steuern wurden 1876 aufgebracht Einkommensteuer 5991, Klassensteuer 12,225, Gewerbesteuer 4485, Gebäudesteuer 3517, Grundsteuer 1751, Communal-Einkommensteuer 20,004, in Summa 47,973 Mark. Am 13. Januar 1877 fand die Einweihung der Brennhaus-Kapelle statt, eine Feier, mit welcher die Anstalt als offiziell eröffnet galt, wenngleich die Anstalt als solche bereits geräume Zeit vorher ihre Funktionen begonnen hatte. Der Gesundheitszustand war bis auf die im Januar cr. erloschene Scharlach-Epidemie ein recht günstiger; der leichteren Krankheit unterlagen 36 Kinder. In 5 Quartalen sind 7 Stadtverordneten-Sitzungen abgehalten worden und 48 Gegenstände zur Beratung gekommen. Beim Standesamt kamen pro 1876 zur Eintragung 152 Geburts-, 125 Todesfälle und 27 Eheschließungen. Die bei der Kämmererei, der Hospital-, der Armen-

und anderen Fundationsklassen geführten Capitalien betragen in Summa 166,552 M., der Nennwert des Communal-Eigentums an Gebäuden und Grundstücken 650,550 M. Die Passiva setzen sich wie folgt zusammen: a. die zum Bau der Gasanstalt contrahirte Schuld im gegenwärtigen Betrage von 71,920 M., b. der Anleihesatz für den Garnison-Pferdestall 22,200 M., c. die Anleihesumme zur Tilgung der Schiekhauptschuld und zum Gymnasialbau in Höhe von 90,000 M. Sonach beträgt die Summe der Passiva 184,120 Mark, das Vermögen der Commune kann angeschlagen werden auf 632,982 Mark. Abweichend von dem Etat pro 1876 schloß die Einnahme der Kämmererei ab mit 142,000 M., die Ausgabe mit 148,000 M. Der Zuschuß zur Unterhaltung des Hospitals betrug 276 M., die gesamte Einnahme und Ausgabe der Hospitalstasse 842 M. Im Krankenhaus wurden 1876 72 Personen verlegt, 6 verstarben, die anderen sind als geheilt entlassen worden. Die Zahl der sogenannten Abonnenten mit einem vierteljährlichen Beitrag von 75 Pf. eine Einrichtung, mit welcher sich Dienstherren schenken die unentgeltliche Pflege und Behandlung erkrankter Dienstboten im Krankenhaus zu erwerben pflegen, betrug für die aufeinander folgenden Quartale 203, 200, 212, 197. Der Zuschuß aus der Kämmererei betrug 264 M. Einnahme und Ausgabe balancierten mit 235 M. 35 Pf. Aus der Armenkasse erhielten 61 Personen laufende Unterstützungen, desgleichen wurden 15 Waisenfinder verpflegt und bekleidet. Der Zuschuß aus der Kämmererei betrug 1423 M. An Geschenken für die Armenkasse gingen ein 487 Mark, darunter 300 M. die Herr Commerzienrat S. Cohn zu Berlin mit gewohnter Freigiebigkeit gespendet. — Der Armenkasse floßen endlich noch folgende Beiträge zu: die Hundesteuer mit 474 M., die Polizeiaufzettel in Höhe von 738 M., die Einnahme der Landesabnahmehütte 165 M. Ausgabe und Einnahme balancierten mit 3502 M. — Zur Erbauung des Gymnasiums, dessen feierliche Einweihung am 18. October 1877 stattfand, hat der bereits erwähnte Commerzienrat Herr S. Cohn die Hälften der Baukosten beigesteuert und außerdem am Tage der Einweihung dem Magistrat die Summe von 10,000 M. überwiesen, von welcher die Zinsen an fünf würdige und bedürftige Schüler der Anstalt ohne Rückicht der Confession als jährliche Stipendien zu 100 M. vertheilt werden sollen. Die gesammten Baukosten für das Gymnasium belaufen sich auf 174,000 M. Der Staatszuschuß zu den jährlichen Unterhaltungskosten beträgt 11,784 M., die von der Stadt zu leistende Jahresquote 6000 M., dazu kommen jedoch noch die von der Commune allein zu tragenden Zinsen und Amortisationsbeiträge. Die sämmtlichen Schulen wurden von 983 Kindern und zwar von 607 Knaben und 376 Mädchen besucht. Die Elementarschulkasse schloß in Einnahme und Ausgabe mit 13,349 M. — Die Spartakasse hatte ulti. December 1876 einen Bestand von 84,135 M. Der zur Kämmererei abgeführte Überschuß aus der Garrison-Verwaltungskasse betrug 1678 M., desgleichen aus der Forststasse 1167 M. Es folgt ein detaillirter Bericht der Biegeler-Bewaltung mit Angabe von Zahl und Art der hergestellten Ziegel und der zu den Bränden verbrannten Holz- und Kohlenmenge. Den Schlüß bildet der Bericht über die Gasanstalt. Dieselbe producire im Laufe des Jahres 1876 über 3½ Millionen Kubikfuß Gas. Die Zahl der Privat-Gasentnahmen beträgt 146 mit 157 Gasmessern. Für die Straßenbeleuchtung sind 89 Laternen aufgestellt. Der zur Kämmererei abgeführte Überschuß betrug 8395 M., Einnahme und Ausgabe balancierten mit 32,521 M.

9 Pitschen, 25. Juni. [Feuersbrunst.] Nachdem in voriger Woche eine bedeutende Feuersbrunst in unserer Nachbarstadt Kempen an 60 Familien obodachlos gemacht hat, wütet seit heute frisch ein Schadenfeuer von bedeutender Ausdehnung in dem jenseit der Landesgrenze gelegenen polnischen Landstädtchen Wierszow, wobei nach den heut Mittag 2 Uhr von dort aus hierher gelangten Nachrichten bereits ein großer Theil des Städtehofs sammt der Kirche in Asche gelegt worden ist. — Auch war von Sonntag zu Montag ein bedeutender Waldbrand in den benachbarten polnischen Waldungen zu bemerken.

© Neisse, 25. Juni. [Höhere Töchterschule. — Reichstagwahl. — Frhr. v. Quadt. — Anträge wegen Majestätsbeleidigung. — Wohlthätigkeits-Concert.] Am 1. October cr. wird die von den biesigen Vorromäinnen geleitete höhere Mädchenschule geschlossen. Als Ersatz hierfür wird die biesige höhere Töchterschule im Einvernehmen mit den Communal- und Staatsbehörden eine entsprechende Neugestaltung erhalten. Der Schulvorsteher Jädel übernimmt die Errichtung, Ausstattung und Leitung der paritätischen Anstalt. Die Regierung gewährt vom 1. October cr. ab vorläufig auf drei Jahre eine jährliche Unterstützung von 4000 M. und die Stadt Neisse gewährt die zur Aufnahme der Anstalt erforderlichen Räume unentgeltlich. Die Schule übernimmt die Ausbildung des ihr übergebenen Kindes von den Anfängen des Schulunterrichts an bis zum Alter der Confirmation und darüber hinaus in der Weise, daß die Aufnahme einer reif abgebenden Schülerin in ein Lehrer-Seminar gewährleistet wird und wird zunächst aus 5 Klassen bestehen. Da der Vorsteher selbst evangelisch ist, soll mit Rücksicht auf das Überwiegen des katholischen Clementis in der städtischen Bevölkerung von Neisse der erste akademisch gebildete Lehrer womöglich katholisch sein, jedenfalls aber wird ein katholischer Religionslehrer angestellt. Zur Wahrung der communalen und staatlichen Interessen wird der Anstalt ein aus 5 Mitgliedern bestehendes Curatorium vorgelegt, in welchem als ständige Mitglieder der Bürgermeister der Stadt Neisse oder dessen Stellvertreter, der örtliche Kreisholzinspektor und der Dirigent der Anstalt fungiren. — Die vereinigten liberalen Parteien werden entweder Se. Excellenz den Herrn Staatsminister Dr. Friedenthal oder den Landrat des Kreises, Herrn Baron v. Seeherr-Löß (conservativ) als Candidaten für den Reichstag ausspielen. Die Ultramontanen halten fest an ihrem bisherigen Reichstagabgeordneten, dem fürstlich-sächsischen Stiftsrath Herrn Horn. — Der Herr Regierungspräsident Freiherr v. Quadt beteiligte sich am 19. d. an einem von dem Landrichter Director Herrn von Maubenge gegebenen Diner. Eine Vorstellung der Behörden hat gelegenlich dieses Besuches nicht stattgefunden. — Am 21. wurde in einer außerordentlichen Sitzung der Strafdeputation des Kreisgerichts gegen den Kreisgericht-Bureau-Assistenten H. wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endigte mit Freispruch des Angeklagten. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt und soll die Appellation angemeldet haben. Der Angeklagte ist bis auf Weiteres vom Amt suspendiert. — Am letzten Sonnabend veranstaltete die humoristische Musigfestschaft „Brumme“ im Verein mit dem Männergesangverein und der Kapelle des 2. O.-S. Inf. Regts Nr. 23 in Erbs Garten ein Concert zum Besten der Hinterbliebenen der beim Untergange S. M. S. „Großer Kurfürst“ Verunglückten. Das Concert war recht eindrücklich besucht. Großes Aufsehen erregte beim Einbruch der Dunkelheit eines Mechanitus Hubert aufgestellte elektrische Sonne.

© Guhrau, 24. Juni. [Stadtverordneten-Sitzung. — Gustav-Adolf-Verein.] In seiner letzten Sitzung beschloß das Stadtverordneten-Collegium nach Kenntnisnahme des Reichsvertrittung, auf welchem die Gewährung des Deputationshauses an sämmtliche biesige Geistliche seitens der politischen Gemeinde beruht, den Magistrat zu ersuchen, bei Neuaustellung von Geistlichen diese Verpflichtung quiescieren zu lassen, sowie auch die Entschädigung für den durch Aufhebung öffentlicher Umgänge entstandenen Einnahme-Ausfall aus Stadtmitteln zu beseitigen. Auf Gründ des Revisionsberichtes bezüglich des biesien Stadtwaldes bewilligte die Verfammlung die Kosten für Erledigung der im qu. Bericht als nötig erachteten Vermüngungsarbeiten. Entgegen dem Antrage des Magistrates, den Forster Drotz für die Einbuße bisher gewährter Bodennutzung durch anderweitige Bodenüberwerfung zu entschädigen, wurde beschlossen, denselben eine jährliche Entschädigung von 15 Mark vom 1. Januar cr. ab, sowie außerdem für gesetzten Verlust eine einmalige Entschädigung von 24 Mark zu zahlen. Bezuglich der von Dienstboten, Handwerksgesellen und Lehrlingen in Zukunft ausfallenden Krankenanstaltsbeträge stimmte die Verfammlung dem Antrage des Magistrats bei, vom 1. April cr. ab von jedem biesigen Dienstboten und Gesellen einen 85proc. Zuschlag von 1,50 M. singulier Klassensteuer als Communalsteuer zu erheben, außerdem mache das Collegium den Vorschlag, für die Lehrlinge ein freiwilliges Abonnement unter den bisherigen Bedingungen zu eröffnen. Schließlich verzichtete die Verfammlung bei dem bevorstehenden Verlauf der biesigen Gasanstalt auf das der Commune zu stehende Verkaufsrecht. — Am 19. d. M. Nachmittags 4 Uhr, feierte der Gustav-Adolf-Verein der Diözese Guhrau-Herrnstadt in der Kirche zu Heinendorf sein Jahrestest. Herr Superintendent Janzen hielt die Festpredigt, in welcher er auf Grund des Berichtes die Befreiungen des Vereins als Liebeswerk, als Dankesopfer und als Velenntum zeichnete. Eine eingefämmelte Collecte ergab für Vereinzwecke die Summe von 60 Mark. In der an den Gottsdienst sich schließenden Conferenz der Vereinsglieder wurden zu Deputirten für die am 25. und 26. h. m. in Jauer stattfindenden Hauptversammlung die Herren Superintendent Janzen-Herrnstadt, Bürgermeister Dietrich-Guhrau, Pastor Knorr-Guhrau mit der Ermächtigung gewählt, für die nächste Hauptversammlung der schlesischen Gustav-Adolf-Vereine Guhrau zu empfehlen.

Berlin, 26. Juni. [Börse.] Die Tendenz der heutigen Börse war auf Grund des Deduktionsbedarfes der Contremine und im Anschluß an die höheren aus Wien gemeldeten Notirungen eine recht sile, und die Coursebewegung verriet im Allgemeinen intensive Neigung, eine steigende Richtung zu verfolgen. Vorzugswise war der gefäßliche Verkehr natürlich durch das Ultimobedürfnis alimentirt. Destr. Creditactionen gingen ziemlich lebhaft um, Franzosen blieben ruhiger und Lombarden waren ganz vernachlässigt. In der Biegeler-Bewaltung bedrogen: Franzosen 1 M. Rep., Lombarden 0,40—0,50 M. Dep., Credit 0,80—1,30—1 M. Rep., Diskonto-Commandit 2—2½ p.C. Rep., Laurahütte glatt bis 0,10 p.C. Rep., Russen ½ % Dep. und 20% p.C. Rep., Destr. Creditactionen angemeldet haben. Der Angeklagte ist bis auf Weiteres vom Amt suspendiert. — Am letzten Sonnabend veranstaltete die humoristische Musigfestschaft „Brumme“ im Verein mit dem Männergesangverein und der Kapelle des 2. O.-S. Inf. Regts Nr. 23 in Erbs Garten ein Concert zum Besten der Hinterbliebenen der beim Untergange S. M. S. „Großer Kurfürst“ Verunglückten. Das Concert war recht eindrücklich besucht. Großes Aufsehen erregte beim Einbruch der Dunkelheit eines Mechanitus Hubert aufgestellte elektrische Sonne.

Unionsbüdierei kam höher zu Ross, in Brauerei Königstadt und Böhmisches Brauhaus lebhaftes Geschäft, Döhlberg Odenbrüder besser, Glaziger Buderhof ließ etwas nach, Norddeutsche Eisware steigend, Obersächsische Eisenbahnbetriebe anziehend, Hibernia, Victoria-Pütte, Bergisch Märkte, Brauerei Koblenz, Döhlender, Gelsenkirchen und Riedenhütte belebt und besser, Marienhütte gedrückt.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 428,— Lombarden 136,— Franzosen 448,— Reichsb. 154,— Disc. Comm. 129,— Laurahütte 74,— Türk. 15,80, Italiener 75,40, Destr. Goldrente 64,40, do. Silberrente 56,90, do. Papierrente 55,50, 5 proc. Russen 82,25, alte —, Köln-Mindener 107,— Rheinische 109,50, Bergische 74,25, Rumäniens 34,50, Russische Noten 208.

Coupons. (Course nur für Posten.) Amerik. Bonds-Cp. 4,165 bez., do. Papier-Cp. 4,12 bez., Destr. Silverrente-Cp. 176 bez., do. Eisenb.-Cp. 175,50 bez., do. Papierrente-Cp. 172,50 bez., Russ. Coup. 206,25 bez., Russ.-Engl. Anl.-Coup. 20,52 bez., Französische Coup. 80,90—80,80 bez., Diverse engl. 20,17 bez., Rumänische Coupons —.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(S. L. B.) Paris, 26. Juni, Abends. Boulevard-Bericht. 3% Renten 76, 40, Neueste Aul. de 1872 113, 47, Türk. 1865 16,— Staatsbahn —, Neue Egypter —, Banque ottomane —, Italiener 77, 20, Chemins égyptiens —, österr. Goldrente 64, 75, ungar. Goldrente 79, Spanier erster —, do. inter. —, neueste Russen de 1877 86, 25, Türkenloose —.

Fest. Frankfurt a. M., 26. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course] Londoner Wechsel 20, 35. Pariser Wechsel 81, 92. Wiener Wechsel 173, 00. Böhmisches Westbahn 148. Elisabethbahn

